

2. Mai 1918,

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 2. Mai 1918. Nr. 115.

Wiener Gewerbe beim Handelsminister. Unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner haben die gewählten Vertreter der Textilwaren verarbeitenden Zwangs-genossenschaften von Wien und Niederösterreich und zwar die Vorsteher Spevak, Landtagsabg. Breuer, Kommerzialratsfleischmann, Pessl, sowie die Direktoren der Zentraleinkaufsstelle für Textilwaren verarbeitende Gewerbe und zwar: Franz Riedl, GR. Fischer, Karl Renner und Hans Schönfellinger beim Handelsminister vorgeschrieben. Bürgermeister Dr. Weiskirchner schilderte dem Handelsminister in längerer treffender Ausführung die Schwierigkeiten des gewerblichen Mittelstandes und verwies auf die enorme Gefahr einer gänzlichen Auflösung. Die erste Forderung sei daher, dass aus den beschlagnahmten Futterstoffen und den vorhandenen Zwirnen entsprechende Quantitäten vom Handelsministerium durch die neugegründete Zentraleinkaufsstelle zur Verteilung gelangen sollten. Weiters verwies der Bürgermeister auf die Tatsache, dass in einer Reihe von Versammlungen, die er selbst besucht habe, von Seite der Bevölkerung in elementarer Weise bittere Klage geführt wurde über das Vorgehen der Zentralen. Es wäre am Platze, schon jetzt an einen Abbau der Zentralen zu schreiben und momentan damit zu beginnen, dass die Vertreter des gewerblichen Mittelstandes eine entsprechende Vertretung dort selbst erhalten.

Die Ausführungen des Bürgermeisters wurde von den Direktoren Riedl und GR. Fischer ergänzt und hierauf in längerer Aussprache von sämtlichen Audienzmitgliedern die Wünsche der einzelnen Gewerbegruppen vorgetragen.

Der Handelsminister gab in seiner Erwiderung vor allem der Freude Ausdruck, dass sich nun auch der gewerbliche Mittelstand in einer Einkaufszentrale vereinigt hat und ist dieser neuen Einkaufsstelle gewiss eine grosse Zukunft beschieden. Durch Heranziehung derselben zu den Arbeiten des Generalkommissariates für die Uebergangswirtschaft im Handelsministerium weiters durch eine direkte Verbindung mit den Zentralen für Baumwolle, Leinen und Schafwolle wird von Seite des k.k. Handelsministeriums das Möglichste zur Förderung dieser Institution getan werden. Den vorgebrachten Wünschen nach Zuteilung von Futterstoffen, versprach der Handelsminister in der Weise zu steuern, dass er selbst die Vertreter der Baumwollzentrale und die Vertreter des Gewerbes zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen und das möglichst gewiss getan werden wird.

Nach 1/2stündiger Dauer war die Audienz beendet und es wurden hierauf Hofrat Dr. Wimmer, Sektionsrat von Bielka, Ministerialsekretär Dr. Sosna, die Wünsche des Gewerbes in speziellen Eingaben überreicht und versprochen die Genannten die möglichste Unterstützung der vorgebrachten Wünsche.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarte. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 4. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 11. d.M. die Brot- und Mehlbezugskarten für die 162. bis 181. Woche, die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten für die 162. bis 171. Woche, die Fettkarten für die 87. bis 96. Woche, die Milchkarten für

die 65. bis 74. Woche und die Kartoffelkarten für die 29. bis 40. Woche ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Ausgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 55. Woche an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufsscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben G und H an folgenden Tagen ausgegeben werden: Samstag, 4. d.M. A bis F, Montag, 6. G bis K, Mittwoch, 8. L bis R und Donnerstag, 9. S bis Z. Die Verkaufsstände für Wohlfahrtsfleisch in 13. Bezirk, Lainz, 19. Bezirk Sieving und 21. Bezirk Mendelschgasse werden als solche aufgelassen werden. Die wenigen Mindestbemittelten die daselbst ihr Fleisch bezogen, wollen sich an die ihren Wohnort zunächst gelegene Abgabestelle für Wohlfahrtsfleisch wenden. Die Besitzer von abgestempelten grünen, blauen und gelben Einkaufsscheinen, die hiedurch zum Einkauf von Rindfleisch berechtigt sind, können die ihnen zukommende Fleischmenge von Mittwoch, den 8. d.M. bis Montag, 13. gegen Abtrennung der beiden Abschnitte G bis H bei allen Verschleissstellen mit Ausnahme der Abgabestellen für Wohlfahrtsfleisch zu den für die Inhaber von weissen Einkaufsscheinen geltenden Preisen beziehen.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate April wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 36.949 Parteien 28.779.791 Kronen eingelegt, von 17.789 Parteien 21.455.009 Kronen rückgezahlt und belief sich der Einlagestand am 30. v.M. auf 727.106.019 Kronen. Hypothekar-Darlehen wurden 1.588.300 Kronen zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen 702.331 Kronen rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekar-Darlehen am 30. v.M. auf 326.251.166 Kronen. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30. v.M. auf 18.075.364 Kronen und waren an 60jährigen Pfandbriefen im Umlaufe 18.320.800 Kronen. Wechsel wurden 15.657.816 eskontiert, 17.165.127 Kronen inkassiert und Kassenscheine der Österreichisch-ungarischen Bank 7.000.000 Kronen angekauft. Der Stand des Wechsel- und Salinenum Portefeuilles betrug am 30. v.M. 55.151.901 Kronen.

Gemeindevermittlungsmänner. Bei den Gemeindevermittlungsmännern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden Verhandlungen am 8., 15., 22. und 29. ds.M. statt.

Eine Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat im März die sofortige Errichtung einer Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft verfügt, welcher grundsätzlich alle die sachliche Abrüstung und die Uebergangswirtschaft betreffenden Angelegenheiten des selbstständigen, übertragenen und des Wirkungskreises als politische Behörde I. Instanz zur Behandlung überwiesen werden. In den Wirkungskreis des Amtes fallen insbesondere auch alle Veranlassungen wegen Inanspruchnahme der durch die Abrüstung freiwerdenden Sachgüter für den Eigenbedarf der Gemeinde und alle Angelegenheiten, welche die Mitwirkung der Gemeinde bei der Kriegshilfsaktion

für den Kriegs-betroffenen Gewerbebestand zum Gegenstand haben. Die Geschäfte wegen Inanspruchnahme der von den Zivil- oder Militärbehörden während des Krieges errichteten einstweiligen Unterkünfte verbleiben der Magistratsabteilung III a (städtisches Wohnungsamt). Die städtischen Ämter, Anstalten und Unternehmungen sind daher anzuweisen, alle Vorkommnisse, die sich auf die Inanspruchnahme von solchen Unterkünften beziehen, der Magistratsabteilung III a mitzutellen und einen ev. Bedarf an diesen Unterkünften bei dem bezeichneten Amte anzu-melden. Die Entschädigungsansprüche für die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes von der Heeresverwaltung in Anspruch genommenen Sachgüter sind nach wie vor von den Magistratsabteilungen 16 und 3 zu behandeln. Zum Vorstände dieser Magistratsabteilung, welche die Bezeichnung „Magistratsabteilung XVII a für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft“ führt, wird Magistratssekretär Dr. Anton Schwarz bestellt. Die neue Magistratsabteilung hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen.

2. Mai. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Fußballmusikdirektor C.M. Ziehrer nachstehendes Schreiben gerichtet: Zur herzlichsten Freude der kunstliebenden Wiener Bevölkerung dürfen Sie, sehr geehrter Herr Direktor, Ihren 75. Geburtstag in voller Frische und Rüstigkeit begehen, und wenn ich mir erlaube, Ihnen meine aufrichtige Gratulation zu diesem seltenen Gedenktage zu übermitteln, so soll es mein erster Wunsch sein, dass Ihnen die Gesundheit, die Ihr Schaffen fördert und ermöglicht, auch in den späteren Tagen Ihres Lebens erhalten bleibe. Mit inniger Dankbarkeit gedenken die Wiener am heutigen Tage Ihrer künstlerischen Wirksamkeit und der Werke, die Sie uns als bleibenden Schatz Wiener Musik geschenkt haben. Möge die Hochschätzung und Verehrung, die Ihnen, sehr geehrter Herr Direktor, das kunstliebende Wien entgegenbringt, Ihre Lebenskraft erfrischen und bewahren ad multos annos!

Wiener Gemeinderat
Sitzung am 2. Mai 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: Uhrenfabrikant Kommerzialrat Philipp Kohn hat den christlichen Armen der Gemeinde Wien 3000 Kronen vermacht. Notar Dr. Guido Müller hat 100 Kronen gespendet.

Schriftführer GR. Philp verliest den Einlauf:

GR. Dr. von Dorn stellt folgende Anfrage: Durch die Ministerialverordnung vom 25. März betreffen die Bereitstellung von bisher für andere Zwecke bestimmten Räumlichkeiten zu Wohnungszwecken wird die schon jetzt bestehende aber später noch in ungeahntem Masse sich steigende Wohnungsnot nur in äusserst ungenügendem Masse gemildert werden können. Es scheint daher höchst wünschenswert, dass dem angesichts der bestehenden Notlage steigenden Wohnungsbedürfnisse alle Wohnräume dienstbar gemacht werden, die gegenwärtig ihrem eigentlichen Zwecke entzogen werden; dies sind die von ihren Inhabern benützten Wohnungen. Hiezu wären vor allem zu rechnen die zahlreichen Paläste des Hochadels und der Hochfinanz, in denen viele Räume vorhanden sind, die für Wohnzwecke geeignet wären und eine erhebliche Anzahl von mittleren und kleinen Haushaltungen aufnehmen könnten. Es würde sich daher dringend empfehlen, sei es durch unmittelbare behördliche Einflussnahme, sei es durch

Erlass einer entsprechenden Verordnung zu bewirken, dass diese Objekte bzw. Wohnungen der Gemeinde behufs Weitergabe an geeignete Parteien übergeben werden. Dass der praktische Durchführung dieser Idee gewiss Schwierigkeiten entgegenstehen, ist nicht zu bestreiten; aber mit gutem Willen und einiger Tatkraft welche nicht vor den Interessen gewisser Gesellschaftsschichten erlahmt, lassen sich die Schwierigkeiten überwinden und der Notstand, zu dessen Behebung auch alle Mitbürger mitzuhelfen verpflichtet sind, würde gewiss alle in der angedeuteten Richtung zu ergreifenden Massregeln rechtfertigen. Vorschläge in diesem Sinne waren übrigens auch schon in der Fachmännerberatung, welche der Erlassung der Verordnung vom 28. März vorangegangen ist, Gegenstand der Erwägung und Besprechung; doch hatte dies weiter keine Folge, was sehr zu beklagen ist. Weiterhin könnte man auch den Ausweg in Auge fassen, dass die unbenützten und daher für die Inhaber überflüssigen Wohnungen für militärische Zwecke requiriert würden, so dass gegenwärtig in anderen Häusern untergebrachte Militärbüros derthin verlegt und die jetzt von ihnen benützten Räume der wohnungsbedürftigen Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten. Endlich sollten die nach Wien kommandierten Militärs, welche selbstständige Wohn- oder Hotelzimmer für längere Zeit in Anspruch nehmen, in die oben erwähnten Paläste und in Teile übergrosser Wohnungen einquartiert werden. Jedenfalls muss wohl allseits zugegeben werden, dass in gegenwärtiger Zeit eine solche Verschwendung, sozusagen Hamstern von Wohnräumen mit der durch die Umstände gebotenen Notwendigkeit den Ueberfluss der einen dem unabweichlichen Bedürfnis der anderen nutzbar machen, in zuellem Widerspruche steht und dass hier in irgendeiner Form ein gerechter Ausgleich gefunden und ins Werk gesetzt werden muss. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, der Frage der Nutzbarmachung von unbenützten Wohnungen für die Erleichterung der Wohnungsnot seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell eine zur Lösung dieser Frage führende Aktion in die Wege zu leiten?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass die von Herrn Interpellanten bezogene Regierungverordnung die steigende Wohnungsnot nur in gewissem Masse mildern können. Man darf ihre Wirkung aber auch nicht unterschätzen und das Wohnungsamt hat schon in der kurzen Zeit seit Bestand dieser Verordnung die Wahrnehmung zu machen können, dass wenigstens keine Verschlechterung des heutigen Zustandes durch weitere Entziehung von Wohnungen in vielen Fällen wirksam verhindert werden konnte. Was die Frage der Nutzbarmachung unbenützter Wohnungen betrifft, so könnte, da die freiwillige Bereitstellung durch die fragliche Verordnung ohnehin möglichst erleichtert ist, nur eine zwangweise Inanspruchnahme in Frage kommen. Eine solche könnte aber im jetzigen Zeitpunkte aus sehr gewichtigen Ursachen nicht empfohlen werden. Zunächst wäre, solange die Regierung dem dringenden Begehren der Gemeinde Wien auf Regelung der Zu- und Abwanderung nicht Folge gibt, gar keine Gewähr geboten, dass diese Wohnungen der bodenständigen Bevölkerung auch wirklich zugute kommen. Im Gegenteil, es wäre zu befürchten, dass bei vorzeitiger Inanspruchnahme der ungeraten Reserven des Wohnungsbestandes gerade bis zu dem Zeitpunkte, in welchem unsere Krieger zur Heimat zurückkehren gar nichts mehr orhanden wäre. Auch das praktische Ergebnis einer solchen Inanspruchnahme kann nicht sehr hoch eingeschätzt werden. Wie die Wohnungszählung ergeben hat,

ist die Zahl der sehr grossen Wohnungen verschwindend klein. Gewisse Räume der Paläste beherbergen so grosse Kulturgüter, dass sie nur äussersten Falles herangezogen werden können. Der sofort erreichbare Bestand an unbenützten und unverwendbar Wohnungen und Wohnungsteilen ist gegenüber dem Bedarfe nicht erheblich. Berücksichtigt man endlich, dass gerade bei Wohnungen die Gefahr der Verschleppung nicht besteht, wie bei anderen Gegenständen, so dürfte es vollständig berechtigt sein, mit ei er so einschneidenden Massnahme bis zu einem Zeitpunkte zu warten, wo keine andere gleichwertige zur Verfügung steht und auch die Gewähr geboten ist, dass hiedurch jenen geholfen werden soll, welche der Hilfe im vollen Masse bedürftig und auch würdig sind. Ich kann nur wiederholen, was der Gemeinderat so oft schon gesagt hat: Die Entfernung der galauch-jüdischen Flüchtlinge würde den Wohnungsmarkt sofort entlasten. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

GR. Herold weist in einer Interpellation auf die Zweckmässigkeit der Förderung der Kaninchenzucht hin und macht die Anregung, unentgeltliche Kurse zu veranstalten, um auch dem kleinen Mann die Kenntnisse der Kaninchenzucht zu vermitteln. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Frage der Hebung der Kaninchenzucht und der Errichtung einer städtischen oder von der Gemeinde Wien subventionierten Kaninchenfarm dem Magistrat insbesondere seit Kriegsbeginn wiederholt beschäftigt habe. Die Kaninchenzucht habe zweifellos Vorteile mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Zuchttieren und mit Rücksicht auf die niedrige Futtermittellage sei während der Kriegszeit an eine Lösung der Frage der Einföhrung von Kaninchenfleisch in Wien zu Approvisionierungszwecken auch nur im kleineren Umfange nicht zu denken.

GR. Dr. Mataja weist in einer Interpellation auf die Mitteilung des „Morgen“ bezüglich der Erklärung des Dr. Blasel über die Freigabe des Handels mit Obst und Gemüse und über die Richtigstellung des Präsidenten Paul hin und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, durch eine Anfrage beim Amte für Volksernährung festzustellen, welche Mitteilungen der Präsident Paul über die bevorstehende Regelung des Verkehrs mit Obst und Gemüse gemacht hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Bei einer Unterredung, die heute eine Deputation des deutsch-österreichischen Gewerbebundes mit dem Präsidenten des Amtes für Volksernährung, Hofrat Paul hatte, bei der sowohl ich wie auch die Herren Interpellanten zugegen waren, hat Präsident Paul erklärt, dass die in der Interpellation zitierte Notiz der Korrespondenz „Wilhelm“ vom Amte für Volksernährung ausgegeben wurde, also eine offizielle Berichtigung der Ausgabe über die Vorgänge beim Dreher ist. (Hört, Hört!) Es steht nach den Erklärungen des Herrn Präsidenten Paul fest, dass keine der berichtigten Mitteilung vom 29. April l.J. auch nur annähernd entsprechende Aeusserung gefallen ist. Ich kann von meinem Standpunkte aus nur bedauern, dass immer wieder solche Mitteilungen hinausgegeben werden, die der Wahrheit nicht entsprechen und die Bevölkerung in Unruhe versetzen. Was die Behauptung des Herrn Dr. Blasel anlangt, dass zwischen den von ihm gemachten Vorschlägen und den Ansichten des Ernährungsamtes beinahe vollständige Übereinstimmung bestehe, konnte Herr Präsident Paul diese Behauptung nur darauf beziehen, dass die Deputation selbst eine Verteilungsstelle für Obst und Gemüse in Vorschlag gebracht hat, mit anderen Worten, ein Antrag der Gemeinde Wien über Betreiben dieser Herren vor einigen Wochen zum Schaden der Marktviktualienhändler zu Falle gebracht wurde.

GR. Stein: Es waren Zeugen dabei!

Bgm. Dr. Weiskirchner: Herr Gemeinderat, Sie verzeihen, wenn ich dem Präsidenten Paul mehr glaube als dem Herrn Dr. Blasel. Ich habe auch in der heutigen Konferenz mit dem Herrn Ministerpräsidenten und Herrn Präsidenten Paul in Übereinstimmung mit sämtlichen Teilnehmern die Aufhebung der „Geos“ gefordert und werde jede Gelegenheit benützen, die kompetenten Stellen der Regierung auf die schweren Schäden aufmerksam zu machen, welche die Tätigkeit der „Geos“ der konsumierenden Bevölkerung zugefügt hat. Ich verweise auch auf die wiederholten Beschlüsse im Gemeinderate. Wir haben keinen Anlass davon abzugehen, wir geben immer der Wahrheit die Ehre, und werden so der Bevölkerung mehr dienen, als mit dümagogischen Schlagworten!

GR. Schlechter urgiert in einer Anfrage seine im März v.J. gestellten Antrag auf Schaffung einer gemeinderätlichen Kommission zur Prüfung der Gebahrung der sogenannten Kriegszentralen und Stellung willkürlicher Anträge an den Gemeinderat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Wirkungskreis einer solchen Kommission sich nicht leicht feststellen lasse. Selbst im Parlament sei nichts besonderes heraufgekommen, da die Zentralen mit grosser Geschicklichkeit und mit jener Detailkenntnis die eben nur sie haben können, sich verteidigt haben. Der Ministerpräsident habe erklärt, dass er unbedingt auf die Rechnungslegung der Zentralenbestehe (lebhafter Beifall) und dass von Sachverständigen die Rechnungen überprüft werden. Der Gemeinderat könne nichts anderes tun, als seine alte Forderung wegen der Kontrolle der Gebahrung der Zentralen zu wiederholen und wenn das Material dann vorliegt, an der Durchführung der Prüfung sich zu betheiligen.

GR. Partik stellt folgende Anfrage: Immer häufiger werde die Klagen der Hausbesitzer und Bewohner der inneren Gürtelstrasse im 9. Bezirke über das schnelle Fahren der militärischen Lastenautos, durch welches die Häuser bis in die Grundfesten erschüttert werden. Durch diese Erschütterungen leidet nicht nur die Facade der betreffenden Häuser, sondern auch die inneren Räume durch das Abfallen der Verkachelung in den Küchen u.s.w. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei den betreffenden militärischen Stellen dahin zu wirken, dass dieser Uebelstand, welcher so häufig zu berechtigten Klagen Anlass gibt, baldmöglichst beseitigt werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Magistrat steht seit Jahren in Verhandlung mit den Militärbehörden wegen Behebung, bzw. Milderung der durch den Verkehr der Lastkraftwagen der Heeresverwaltung geschaffenen Uebelstände, unter denen insbesondere das Strassenpflaster und die Strasseneinbauten zu leiden haben. Obwohl seitens des Kriegsministeriums die Fahrgeschwindigkeit der militärischen Kraftwagen auf 9 km in der Stunde herabgesetzt und das Befahren gewisser Strassen mit diesen Wagen überhaupt verboten wurde, sind diese Uebelstände keineswegs beseitigt worden. Der Magistrat hat mit der Zuschrift vom 30. Juli 1917, das Kriegsministerium ersucht, die nötigen Weisungen zu erteilen, dass die nur in Wien verwendeten Militärlastkraftwagen ohne Gleitschutzvorrichtungen fahren, die zum grossen Teile an den Erschütterungen schuld tragen und dass die vorgeschriebenen Geschwindigkeitsgrenzen genauestens eingehalten werden.

Das Kriegsministerium hat mit einem Schreiben vom 10. August

mitgeteilt, dass ein Vermeiden des Verkehrs von Lastkraftwagen mit Gleitschutzvorrichtungen innerhalb des Wiener Gemeindegebietes nicht durchführbar und eine weitere Herabsetzung der Geschwindigkeit dieser Wagen den Lastkraftwagenverkehr überhaupt illusorisch machen würde. Der Magistrat wird nicht ermangeln, diesen Anlass zu benützen, um neuerlich wegen Behebung der erwähnten Uebelstände beim Kriegsministerium vorstellig zu werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner fügt hinzu, dass er finde, dass diese Anordnung des Kriegsministeriums nicht befolgt werden. Wenn die Lastautor in der Frühe über den Rathausplatz fahren so werden das Rathaus und die Fensterscheiben in der ganzen Umgebung geradezu erschüttert.

GR. Stein teilt in einer Anfrage mit, dass eine Gemüsehändlerin am Naschmarkt einen grossen Transport Spinat erhalten habe, nachdem der Markt bereits mit Spinat überfüllt war, habe sie Detaillisten von den anderen Märkten verständigt, dass Spinat am Ostbahnhof leicht zu haben sei. Der Marktkommissär habe diesen Handel verboten, worauf die Gemüsehändlerin telegrafisch die Einsendung weiterer Waren absagte, was einen Schaden für die Approvisionierung bedeute. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, diese Uebergriffe der Kommissäre am Ostbahnhofe abzustellen, die geradezu den Anschein erwecken, als ob die Kommunalverwaltung durch ihre Amtsgorgane einen Druck auf die Detaillisten ausüben wollte, dass sie bei der Kommune einkaufen müssen, zum Schaden der steuerzahlenden Händler und zum Schaden des Publikums, dass verteuerte Ware erhält.

Bgm. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Magistrates, nach welchem die Gemüsehändlerin eine Art Winkelmarkt auf dem Bahnhof abgehalten habe, eine Erscheinung, durch welche das Verschleppen der Ware begünstigt wird und welche auf das Stärkste bekämpft werden muss. Der Marktkommissär hat ihr daher dieses Verhalten verwiesen und mit der Anzeige gedroht. Ein Uebergriff des Marktkommissärs liegt nicht vor. Wenn die Einsendung weiterer Waren telegrafisch abgesagt wurde, so bedeutet dies im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Schaden für die Approvisionierung, weil die Märkte derzeit so reichlich mit frischem Gemüse, insbesondere mit Spinat durch die Erzeugung der Wiener Gärtner versorgt sind, dass vorläufig auf die ungarischen Zufuhren verzichtet werden kann.

GR. Stein weist in einer Interpellation darauf hin, dass die ungarischen Amtsgorgane in der Strecke Oedenburg - Wr. Neustadt den armen Leuten, welche in geringen Mengen Waren in Ungarn einkaufen, nicht nur sämtliche Waren wegnehmen, sondern sie auch misshandeln. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung wegen dieser Vorgänge vorstellig werden wolle und Repräsentationen gegen Ungarn fordern wolle, falls solche Vorfälle nicht abgeschafft werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Verbürgten Nachrichten zufolge hat Ungarn tatsächlich in jüngster Zeit einen verschärften Kontrolldienst hinsichtlich des Lebensmittelverkehrs an der ungarischen Grenze im allgemeinen, insbesondere in den ungarischen Grenzstationen eingeführt. Den gleichen Nachrichten zufolge sollen die mit der Durchführung dieser Kontrolle betrauten ungarischen Organe bei Durchführung ihrer Aufgabe rücksichtslos vorgehen und selbst die geringsten Mengen von Nahrungsmitteln, die angeblich der Uebertretung der ungarischen Vorschriften über die Grenze gebracht werden sollen, den Betreffenden abnehmen. In dieser Beziehung kann ich mich nur auf die Beantwortung der dieselben Vorgänge in den n.ö. Station Oberhollabrunn betref-

fenden Interpellation des GR. Schäfer in der letzten Gemeinderatssitzung, berufen und dieser Beantwortung nur beifügen, dass ich die vorliegende Anfrage des GR. Stein dem Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte um Mithilfe vorlegen werde.

GR. Fischer stellt folgende Anfrage: Am 20. April wurde im 2. Bezirk 29 Kaffeschänken die Verabreichung von milchhaltigen Getränken untersagt und die Milchzuweisung eingestellt. Da es sich um sogenannte Volkskaffees handelt, ist diese Massnahme mit der Betriebseinstellung identisch, zumal der Ersatz-Tee ohne Zucker, ohne Spirituosen, ohne Milch, ohne Zitronensaft oder ohne Himbergsaft nicht einmal in den kalten Wintermonaten mundet, geschweige in der wärmeren Jahreszeit. Die getroffene behördliche Verfügung hat den Zweck, den Milchkonsum einzuschränken, und erfolgt auf Grund polizeilicher Erhebung ohne Intervention des magistratischen Bezirksamtes. Das mit der Erhebung betraute Polizei-Organ hat festgestellt, dass in einem Volkskaffee besser angezogene Gäste Kaffee nehmen und gelangte hiedurch zu der Schlussfolgerung, dass diese mit reiner Wäsche versehenen, dem Mittel- oder Beamtenstande angehörenden Gäste ihren Kaffee auch in einem besseren Kaffeehause zu nehmen in der Lage sind und beantragte aus diesem Grunde die Milchziehung. Dass, zufolge der enormen Teuerung nunmehr auch Beamte und besser gekleidete ohne Scheu gezwungen sind, ihr Frühstück in einem Volkskaffee zu nehmen, wo dieser nur 44 h kostet und dass die Ersparnis von 50 Hellern beim Frühstück eine Rolle spielt, wurde nicht in Betracht gezogen und gerade dieser Umstand sollte nach sozialpolitischen Grundsätzen die Volkskaffees fördern, da kleine Beamte, Beamtinnen und sonstige Angestellte, wohl nicht zu den Mindestbemittelten gehören, aber dennoch nicht in der Lage sind, eine Kanne für ein Frühstück in einem Kaffeehause ausgeben zu können. Dieser durch die Verhältnisse ohnedies arg mitgenommene Stand, ist durch diese Verfügung empfindlich geschädigt. Wenn schon die Milchknappheit Einschränkungen notwendig macht, so sollte zumindest das Kontingent auf Kaffeehäuser und Volkskaffees aufgeteilt werden, aber eine Reihe von Volkskaffees zu schliessen und ihre Besucher zu zwingen, entweder ohne Frühstück ihrer Beschäftigung nachzugehen oder sie zu grösseren Ausgaben zu veranlassen, ist inhuman und ungerecht. Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister die vererwähnte behördliche Verfügung bekannt ist und ob er geneigt ist, gegen diese Verfügung, durch welche der Mittelstand einerseits und die betroffenen steuerzahlenden Gewerbetreibenden andererseits hart geschädigt werden, Stellung zu nehmen? Und seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass in gewerblichen Angelegenheiten nicht die Polizeiallein Erhebungen pflegt, sondern stets im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung bzw. mit dem magistratischen Bezirksamte, wie dies der Autonomie der Gemeinde Wien auch ent-

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Milchlieferungen nach Wien sind bereits auf ca. 135.000 Liter durchschnittlich täglich herabgesunken wovon noch gegenwärtig ca. 12.000 Liter saure Milch in Abzug zu bringen sind. Die gesamte zur Verfügung stehende Milchmenge ist also derart gering, dass sie nicht einmal mehr zur Befriedigung der Kranken und Kinder bis zum 6. Lebensjahre ausreicht. Angesichts dieser traurigen Lage des Wiener Milchmarktes hat sich die k.k.n-ö Statthalterei mit Erlass vom 15. IV. 1918 Z. W-184/92 bestimmt gefunden, die Zahl jener Kaffeehausbetriebe, denen die Bewilligung zur Verabreichung von Milchgetränken gemäss § 3 der Statthaltereiverordnung vom 5. XII. 1917,

3
E.O. Bl. Nr. 217 erteilt wurde, möglichst einzuschränken und demgemäss jenen Betrieben, deren Gäste nicht unbedingt auf den Genuss milchhaltiger Getränke angewiesen sind, die Ausnahmegewilligung zu entziehen.

Durch die vorliegende Verfügung erscheinen somit die ausgesprochenen Volkskaffeehäuser, das sind jene Betriebe, in welchen unbemittelte Bevölkerungskreise ihre Nahrungstürfnisse befriedigen nicht betroffen. Es wurde vielmehr nur solchen Betrieben, die bisher gehabte Bewilligung der Bestimmungen des § 3 der genannten Statthaltereiverordnung überhaupt nie hätten erhalten sollen; dass die letztgenannten Betriebe vor den Kindern und Kranken bevorzugt werden sollten, dürfte wohl auch im Sinne des Herrn Interpellanten nicht gelegen sein.

Was das von dem Herrn Anfrager angeregte Einvernehmen der Polizeiorgane mit den autonomen Organen der Gemeinde anbelangt, so bin ich in der Lage mitzuteilen, dass die k.k.n.B. Statthaltereie die Verfügung getroffen hat, dass über die von den betroffenen Kaffeehausbesitzern eingebrachten Gesuche um neuerliche Erteilung der Ausnahmegewilligung für Milchkaffee die k.k. Polizeidirektion die erforderlichen Erhebungen im Einvernehmen mit der Milchversorgungsstelle zu pflegen haben wird. Die Milchversorgungsstelle wird bei diesem Anlasse selbstverständlich nicht ermangelt, ihrerseits dahin zu wirken, dass etwaigen Betrieben, denen nach h.a. Erhebungen der Charakter eines Volkskaffeehauses etwa doch zukommen sollte, die Bewilligung zum Ausschank von Milchkaffee wieder erteilt wird.

Bürgermeister Weiskirchner fügt hinzu, dass täglich 6000 bis 12000 Liter Milch in saurem Zustande in Wien einlangen. Seit dem Jahre 1915 habe die Gemeindeverwaltung wiederholt und rechtzeitig auf die Notwendigkeit der Beistellung von Kühlwaggons aufmerksam gemacht.

GR. Richter weist in seine Anträge darauf hin, dass vielen Gemüsegeärtnern der Pacht um 100 bis 200 % gesteigert wurde und er wünscht analog dem Mieterschutzgesetz ein Pächterschutzgesetz geschaffen werde.

GR. Dr. Mataja stellt folgenden Antrag: An die aus Gemeindemitteln besoldeten Lehrpersonen, sowie an deren Witwen und Waisen wird als nicht rückzahlbarer Vorschuss auf eine etwaigen Anschaffungsbeitrag für das Jahre 1918 ein Betrag in der Höhe des mit Gemeinderatsbeschlusse vom 18. April d.J. den städtischen Angestellten gewährten Anschaffungsbeitrag ausbezahlt. Jene Lehrpersonen, sowie Witwen und Waisen nach solchen, welche aus den staatlichen Zuwendungen (Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträgen) für das Jahr 1918 weniger bekommen, als ihnen nach den Bestimmungen für die übrigen städtischen Angestellten zukäme, erhalten die Differenz als Anshilfe aus den Mitteln der Gemeinde.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vd. Hierhammer berichtet über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Wien an Grafen Ottokar Czernin und führt aus: Ich habe mir in dem Ihnen vorliegenden gedruckten Referate erlaubt, jene Gründe auseinanderzusetzen, welche dem Stadtrat in seiner Sitzung vom 25. v.M. veranlasst haben, den in der Ge-

meinderatsitzung vom 24. April gestellten Anträgen des Gemeinderates von Steiner und Genossen und Dr. Heia und Genossen auf Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien zuzustimmen und dem Gemeinderate diese Ehrung des verdienstvollen Staatsmannes zu empfehlen. Ich habe die Tätigkeit des Grafen Czernin während der 16 Monate, da unser Aussenminister war, in grossen Umfassen darzustellen versucht und dankbar jene Ziele gewürdigt, die der Minister im Interesse unseres Volkes und unseres Vaterlandes so energisch und hingebungsvoll verfolgt hat. Die Stadt Wien, in der der Pulsschlag des Reiches pocht und in der daher jede Regung und Wendung des staatlichen Körpers sogleich fühlbar wird, hat die kluge und selbstbewusste Haltung des Grafen Czernin, die ebenso dem Drange reinsten Menschentums wie den Gefühlen der Vaterlandsliebe Rechnung trug, mit Freuden begrüsst und fand in wiederholten Kundgebungen Gelegenheit, dem Grafen Czernin ihre Zustimmung und ihren Dank zum Ausdruck zu bringen. Unsere Bevölkerung hat sich trotz der Greuel und der Verwüstungen des Krieges die Achtung vor Menschenwürde und Menschenliebe bewahrt und hat daher den Intentionen des Ministers, welcher im Sinne der Bestrebungen unseres Kaisers alles daransetzte, dem Kriege durch einen gerechten allgemeinen Frieden ein Ende zu machen, aus tiefstem Herzen zugejubelt. Das unvergängliche Verdienst des Grafen Czernin ist es, zu einer Zeit, da das Wort vom Frieden verpönt war, den Mut besessen zu haben, die Herbeiführung eines baldigen Friedens als das Programm unserer Regierung zu deklarieren. Und wir dürfen mit Stolz feststellen, dass durch die erlösende Tag unseres Aussenministers der Stein ins Rollen gekommen und die Friedensfrage bei allen kriegsführenden Regierungen zur Erörterung gelangt ist. Diese Erörterung führte auf der einen Seite zum Ziele, zu dem Frieden im Osten, auf der anderen Seite im Südwesten und Westen aber wird sie nicht mehr verstummen und wird immer lauter und vernehmlicher denen in die Ohren klingen, die ihren Völkern noch immer vortäusche dass eine Fortsetzung der Kriegsgreuel eine sittliche Pflicht demokratischer Regierungen sei. Graf Czernin hat uns den Frieden mit dem Osten gebracht, seiner Festigkeit und seinem diplomatischen Talente ist es zu danken, dass jene Hindernisse, die die Friedensverhandlungen zu vereiteln drohten, beseitigt werden konnten. Und seine Friedensschlüsse sind die Vorbedingungen und Vorgänger des allgemeinen Friedens. Graf Czernin hat uns aber auch ein grosszügiges Programm für unseren inneren Frieden entwickelt und dieses Programm hat zu unserer Freude und Genugtuung und zum Segen unseres Vaterlandes die Sanktion unseres Kaisers erhalten, welcher die Politik Czernins als richtungsgebend für alle Zukunft bezeichnet hat. Dieses Programm kann man in die Worte kleiden: Treue und Festigkeit. Treue unseren deutschen Brüdern gegenüber, mit denen uns in diesen Stürmen Eisen und Blut zusammengelittet hat und mit denen wir in ewigem Bunde auch unsere Zukunft bestellen wollen. Und Festigkeit im Innern; sie ist eigentlich nichts anderes als Treue, unbedingte Treue dem Staate gegenüber und seiner Sendung, die durch die Geschichte eines Jahrtausende vorgezeichnet ist. Wir kennen für unser Vaterland kein anderes Heilmittel für seine Gesundheit und die Aufrichtung seines alten Glanzes und seine Wohlfahrt, als dasjenige, das Graf Czernin den Vertretern des Wiener Gemeinderates

bezeichnet hat, als er uns das Wort Goethes zurief:

„Weibisches Zagen, Aengstliches Klagen,
Wendet kein Elend, Macht dich nicht frei.
Allen Gewalten zum Trutz dich erhalten,
Nimmer sich beugen, Kräftig sich zeigen,
Rufet die Hilfe Der Götter herbei.“

Jawohl wir Deutschen Oesterreicher werden uns nimmer beugen und wir werden uns kräftig zeigen gegen die Gewalten, die sich gegen unser Vaterland erheben, wir wollen uns zusammenschliessen gegen den Verrat, der an der Wurzel unseres Staates nagt, gegen jene innerhalb der Monarchie ihr Unwesen treibende Masaryks, die wie Graf Czernin ausführt, durch einen Sieg der Entente den Krieg zu beenden und ihr Ziel zu erreichen suchen. Wir wissen es ja leider nur zu gut: die Umtriebe dieser Masaryks haben sich ein weites Ziel gesteckt und sie haben sich schon erkühnt, in unsere Stadt, die ehrwürdige deutsche Kulturstadt, des alten deutschen Reiches Hauptstadt durch Jahrhunderte, ihre Fühler auszustrecken. Aber diese Masaryks mögen wissen: Die Wiener sind gestfreundlich und verständig und wünschen allen Völkern der Monarchie Entwicklung und Fortschritt; aber sie werden unnachsichtig gegen die, welche ihre heiligsten Gefühle, ihre Liebe gegen ihr Volk und Vaterland, zu verletzen sich erdreisten. Die Ehrung des Grafen Czernin ist uns ein Bekenntnis der Treue für unser Vaterland Oesterreich und ein Dank für dessen treuen Schildträger. Ich bitte Sie, dem Stadtratsantrage zuzustimmen. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt mit lebhaften Beifall bekleidet und fanden am Schlusse laute Zustimmung.

GR. Dr. Heia im Namen des Verbandes der freiheitlichen Gemeinderäte und in voller Uebereinstimmung mit den Empfindungen des freiheitlichen Bürgertums habe ich seinerzeit den Antrag gestellt, den Grafen Czernin zum Ehrenbürger zu ernennen. Wir werden daher auch dem Stadtratsantrage zustimmen. Graf Czernin hat während der verhältnismässig kurzen Zeit seiner Amtsführung als Minister des Aeusseren die Stellung der Monarchie in der Welt und im Rate der Mittelmächte erhöht. Er war unablässig bemüht die Sehnsucht der Bevölkerung nach dem allgemeinen Frieden nach Kräften zu erfüllen. Alle seine Notizen waren von diesem Gedanken und gleichzeitig von dem Gedanken des treuen Festhaltens an den Bündnis mit dem Deutschen Reiche getragen. (Beifall) Unvergessen wird dem Grafen Czernin jene Rede vom 2. Oktober 1917 bleiben, in welcher er als leitender Staatsmann unserer Monarchie die Linien einer zukünftigen Weltordnung gezeichnet hat, einer Weltordnung im Sinne einer allmählichen allgemeinen unter internationaler Kontrolle gestellten Abrüstung, einer obligatorischen Schiedsgerichtspartei und im Sinne eines wirklichen auf dauerhafte Grundlagen gestellten allgemeinen Frieden. Diese Rede wird in aller Zukunft als Grundlage der Friedensbestrebungen dienen, sie hat aber auch in der Gegenwart grosse Erfolge gezeitigt, denn die Folge dieser Rede war jener Funkspruch der russischen Regierung, mit welchem sie in die Einleitung von Friedensverhandlungen ersucht hat, und es war eine Tat, dass Graf Czernin ohne lange nach Legitimationen u.s.w. zu fragen die Friedensverhandlungen eingeleitet hat. Und als sich die Friedensverhandlungen durch das Verhalten des Volkskommissärs Trotzki ins Endlose zogen, da war es wieder eine staatsmännische Tat des Grafen Czernin, dass er wieder gegen alle diplomatischen

Ueberlieferungen und althergebrachten Bedenken mit einer verbenden Macht blitzartig den Frieden abschloss und damit, wie er selbst sagte, die erste Masche von dem Kriegesnetze auflöste, das sich über die ganze Welt gespannt hatte. Es ist richtig, dass heute in der Ukraine noch nicht geordnete Verhältnisse herrschen, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass eben deshalb weil er ohne Bedenken auf diesen Frieden eingegangen ist, Graf Czernin den Anfang mit der Verwirklichung des Friedensgedankens gemacht hat und dass diesem ersten Frieden, dann weiter der Frieden mit Grossrussland und der binnen kurzen zur Unterzeichnung kommende Frieden mit Rumänien abgeschlossen worden ist. Durch den Frieden mit der Ukraine wurden, wenn wir sie auch nicht überschätzen dürfen, uns doch gewisse Möglichkeiten einer Besserung unserer Ernährungsverhältnisse geboten. Wir haben die Bahn frei bekommen, wir haben den Arm freibekommen gegenüber den Gegnern im Südwesten und im Westen. Wie immer man sich zu diesem Frieden stellen mag, wie man auch begeistert den Frieden herbeisehnen mag, man kann sich doch nicht darüber täuschen, dass in Verwirklichung des bekannten Sprichwortes auch der Beste den Frieden nicht erreichen kann, wenn es der böse Nachbar nicht will. Die Tatsache ist ja unzweifelhaft festgestellt, dass sowohl die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns wie auch der Kaiser und der Minister den Frieden wollten, und es lag nur an den masslosen Forderungen der Entente, dass dieser Frieden nicht zustande gekommen ist. Gewiss, man hat manche Einwendungen erhoben, die sich auf gewisse Schattenseiten dieses Friedens beziehen, man hat eingewendet, dass die Cholmerfrage in einem Sinne gelöst wurde, wie sie dem Wunsche der Polen nicht entsprach. Aber gerade der rasche Abschluss des ukrainischen Friedens war eine unbedingte Notwendigkeit und wenn die Polen an den Friedensverhandlungen teilgenommen hätten, und wir warten hätten müssen, bis sich Polen und Ukraine in dieser Frage einigen, dann wäre der Frieden gewiss nicht so rasch zustande gekommen. Man hat auch die Aeusserungen der Tschechen in der bekannten Rede Czernins beanstandet. Graf Czernin hat aber ausdrücklich erklärt, dass er nur jene meinte, die ihre Hoffnungen auf die Entente gründeten und es war Pflicht des Ministers des Aeusseren, sich gegen jene zu wenden, die mitten im Kriege mit den Feinden Oesterreichs sympathisiert haben und von diesem die Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Forderungen erwarteten. Wir in Wien sind Freunde des äusseren und inneren Verständigungsfriedens, aber wie die masslosen Forderungen der Führer der Entente den äusseren, so machen auch die masslosen Forderungen der tschechischen Führer den inneren Frieden unmöglich. Man hat auch gegen Czernin eingewendet, dass er eine bedeutsame politische Rede vor der Abordnung des Wiener Gemeindevortes gehalten hat. In dem Bunde, das als Muster für alle demokratischen Einrichtungen gilt, hält der leitende Staatsmann alljährlich auf dem Landmajors

4
Buckett in der Guildhall ebenfalls eine hochpolitische Rede. Man hat auch eingewendet, dass Czernin die Friedensanbahnung Clemenceaux nicht zur Sprache hätte bringen sollen. Darüber lässt sich sicherlich streiten. Aber unweifelhaft ist durch diese Äußerung festgestellt worden, dass an der Fortsetzung des Krieges ausschliesslich die französischen Machthaber Schuld sind, welche alle Friedensangebote abgelehnt haben. Es sind ja vielleicht infolge dieser Äusserungen manche Dinge zu Tage getreten, die nicht die allgemeine Billigung fanden. Vom Standpunkte des freien Bürgertums möchte ich feststellen, dass Verhandlungen mit den äusseren Staaten immer unter Wissen unter Mitwirkung und Verantwortung des antretenden Ministers des Aeusseren stattfinden müssen. Unzweifelhaft aber ist die Tatsache, dass Graf Czernin während der ganzen Zeit seiner Amtwirksamkeit im Sinne der Empfindungen des Volkes dem Frieden zugestremt hat, dass er mit lauterer Mitteln nicht etwa im Sinne der allgemeinen Diplomatie, bei der die Rede nach einem Ausspruche Talleyrands da ist, um die Gedanken zu verbergen, sondern mit Offenheit und Wahrheit und mit den besten Mitteln diesen Frieden zugestremt hat und drei Friedensschlüsse tatsächlich erreicht hat. Für diese grossen Erfolge gebührt ihm die höchste Ehre, welche die freigewählte Vertretung der Bürgerschaft der Stadt zu verleihen hat; das Ehrenbürgerrecht der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

GR. Reumann: So verlockend es wäre in Einzelheiten einzugehen, ganz besonders über die letzten Stadien der politischen Tätigkeit des Grafen Czernin, so werde ich mich doch mit Rücksicht auf den von unserem Klub gefassten Entschluss mit einer kurzen Erklärung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter begnügen. Unsere Erklärung lautet: „ Auch wir Sozialdemokraten versagen der Persönlichkeit des Grafen Czernin nicht unsere Achtung. Wir erkennen gern an, dass der Graf Czernin die Minister, die aus den Reihen der zünftigen Diplomatie hervorgegangen sind, hoch überträgt und dass er sich von dem Manne, dem gegenwärtig wieder die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns anvertraut ist, sehr vorteilhaft unterscheidet. (Heiterkeit)

Es hat Zeiten gegeben, in welchen auch wir Sozialdemokraten der Politik des Grafen Czernin unseren Beifall gespendet haben. So damals als er sich zu dem Gedanken des Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen bekannte; als er in seiner Budapest Reden für die internationale Abrüstung und für die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte eintrat; als er mit nichtzuverstehendem Nachdruck hervorhob, dass Oesterreich-Ungarn den Krieg für keine Eroberungen fortsetzen wolle, weder für eigene, noch für deutsche.

Leider war der Graf Czernin zu schwach, diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Er hat an dem Friedensschluss von Brest-Litowsk mitgewirkt, wo ein Friede der Gewalt, mit der Verständigung geschlossen wurde (Oho-Rufe) Ich sage nochmals „ nicht der Verständigung, sondern der Gewalt“ (Widerspruch) Er war nicht im Stande eine Politik zu verhindern, die im ganzen grossen Gebiete zwischen dem weissen und dem Schwarzen Meere das Selbstbestimmungsrecht

der Völker verfälscht und die Klasseninteressen der finnischen Bourgeoisie, der baltischen Barone und der polnischen Schlachzizen gegen die Lebensinteressen der finnischen Arbeiter, der estnischen, lettischen, litauischen, polnischen und ukrainischen Bauern beschützt. Durch all das wurden im Osten Europas Tatsachen geschaffen, die den Friedensschluss im Westen erschweren, dadurch den gegenwärtigen Krieg in die Länge ziehen und den Keim künftiger Kriege in sich tragen.

Graf Czernin hat aber auch mit Rumänien einen Friedensvertrag abgeschlossen, durch den der Grundsatz „ keine Annexionen“ verletzt worden ist. (Widerspruch) Sie sind anderer Ansicht und Sie werden gestatten, dass wir auch anderer Ansicht sind. Ich sage Ihnen unsere Ansichten in dieser Angelegenheit.

Haben wir die Theorie des Grafen Czernin gebilligt so müssen wir seiner praktischen Tätigkeit unsere Anerkennung verweigern. Wir werden uns daher der Abstimmung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin enthalten.

GR. Stein: Namens der auf demokratischen Programm fassenden Gemeinderäte, welche nicht dem fortschrittlichen Verbände angehören, habe ich zu erklären, dass wir uns dem Antrage auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin anschliessen. Wir erklären, dass wir dem Grafen Czernin unser Vertrauen votieren, nicht weil er ein Graf ist, sondern trotzdem er ein Graf ist. Es soll ihm nicht schaden, dass er ein Graf ist. Wir sind der Ansicht, dass das Volk, das in diesem Kriege mit allen seinen Kräften herangezogen worden ist, auch auf die Angelegenheiten des Aeusseren genau so Einfluss zu nehmen hat und dass es nicht angeht, dem Volke nur die Pflichten aufzuerlegen und es aller Rechte zu berauben. Das Ministerium des Aeusseren ist tatsächlich einer wirklichen parlamentarischen Kontrolle entzogen, es untersteht nur den Delegationen, die doch auch nur ein Fernbild einer parlamentarischen Vertretung sind. Die Tätigkeit des Grafen Czernin selbst kann in bürgerlichen Kreisen nur ungeteilte Zustimmung finden, wenn man von kleinen Fehlern absieht, die angesichts der grossen die ganze Welt bewegenden Fragen bei dieser Menge von Agenden begreiflich sind.

Es hat ja auch ein Bismarck Fehler begangen, wenn aber von den Sozialdemokraten gesagt wird, der Friede von Brest-Litowsk sei ein Gewaltfriede, so ist das eine Auslegung, die wir nicht zu der unseren machen, denn wir haben gefunden, dass es die Entente ist, die uns Gewalt entgegensetzt.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir doch erst abwarten wollen, wie der allgemeine Friede ausschauen wird, dass wir möglichst gekräftigte an Territorien und Völkerschaften hervorgehen sollen. Es kann vom österreichischen Standpunkte aus der Wunsch nach einem einverständlichen Frieden nicht vorbehaltlos befürwortet werden. Es ist der Angriff, den Graf Czernin bei Gelegenheit des Empfanges des Wiener Gemeinderates gegen die czechischen Masaryks gemacht hat, ihm vorgehalten worden und man hat erklärt, dass es eine Ungeschicklichkeit war. Mag sein, dass vom Standpunkte der österreichischen Innenpolitik, die ein Herumtasten bildet, mag sein, dass von diesem Standpunkte aus, der Angriff des Grafen Czernin ein taktischer Missgriff war. Aber vom Standpunkte einer grossen Politik, wel-

che im Auge hat, geregelte Zustände herzustellen, muss man sagen, dass diese Feststellung sehr richtig war. Bei uns kann sich der nackteste Hofrat unbescholten breit machen, bei uns halten die Hofräte Kongresse ab, die nicht verboten werden, dagegen werden Reden, die sich mit Approvisionierung beschäftigen, nicht zugelassen. Gleich nach den Angriffen des Grafen Czernin gegen die Czechen ist in politischen Kreisen laut geworden, dass sich Czernin nicht mehr lange wird halten können. Es ist dann die Affäre Clemenceau gekommen, bei welcher der französische Ministerpräsident die Korrespondenz die Kaisers der Öffentlichkeit übergeben hat. Ich muss sagen, dass der Zug des Kaisers, seinen Völkern den Frieden zu bringen, sehr sympathisch begrüsst werden muss. Es war daher nicht zu verstehen, warum man diesen Brief apokryph bezeichnet hat. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Zeit, in der dieser Briefwechsel stattgefunden hat, Uebereinstimmungen in den Besinnungen der Völker vorfand. Es war dies kurz nach der russischen Revolution und man konnte nicht wissen, welche Gestalten die militärischen Verhältnisse annehmen werden und es ist daher wohl zu verstehen, dass diese Aktion von höchster Stelle des Reiches versucht wurde. Wenn man also in allem die Tätigkeit des Grafen Czernin überblickt, so muss man sagen, sie hat den grössten Erfolg gehabt, einen Erfolg, den österreichische Minister seit Jahrzehnten nicht aufzuweisen gehabt haben. Auch in Deutschland wäre vielleicht auch die Tätigkeit eines solchen Mannes allgemein begrüsst worden. Deswegen kann die Bürgerschaft der Stadt Wien nichts anderes tun, als dem Grafen Czernin für seine erfolgreiche Arbeit ihren Dank und ihre Anerkennung aussprechen. Der vorliegende Antrag ist daher nur zu begüssen und werden wir ihm unsere Stimmen nicht versagen.

GR. Steiner führt aus: In dem schmerzlichen Bedauern, welches das Ausscheiden des Grafen Czernin aus seinem so erfolgreich geführten Wirkungskreis, ausgeübt hat, sind als erst die warmen, anerkennenden Worte empfunden worden, welche der Kaiser in einem Handschreiben an den scheidenden Staatsman gerichtet hat und in welchem die Verheissung gsvolle Erwartung ausgesprochen ist, dass sich noch Gelegenheit geben wird, die Dienste des Grafen Czernin für den Staat in Anspruch zu nehmen. Als ich in der letzten Gemeinderatsitzung den Antrag auf Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien stellte, wusste ich mich einmütig mit den grossen Massen der Wiener Bevölkerung in der Würdigung der Verdienste, die sich der Minister während seiner Amtstätigkeit um Volk und Vaterland erworben hat. Wir wollen dem Grafen Czernin heute danken für die bereits erfolgten Friedensschlüsse, die seiner gleich zu Beginn seiner Tätigkeit bekundeten und im damaligen Zeitpunkte epochenschaffenden aufrichtigen Friedensbereitschaft und seinen ausserordentlichen Fähigkeiten, die bei den langwierigen Verhandlungen zum Erfolge führten, in erster Linie zuzuschreiben sind. Weiter wollen wir dem Grafen Czernin unseren herzlichsten Dank sagen für das Programm, das er grundlegend für unsere äussere und innere Politik für alle Zeiten festgelegt hat und das nach dem kaiserlichen Worte richtungsgebend bleiben soll. Für unsere äussere Politik hat er das Wort geprägt, dass Oesterreich Ungarn ebenso für Strassburg kämpfen müsse, wie das Deutsche Reich mit uns für

Triest gekämpft hat. Besondere Begeisterung hat es ausgelöst, dass er den Mut gefunden hat, staatsfeindliche Bestrebungen öffentlich zu brandmarken und sich nicht nach bewährtem Muster darum herumgedrückt hat, verräterische Handlungen auch als solche zu kennzeichnen. Graf Czernin hat sich als echter Oesterreicher erwiesen, er hat die gleichberechtigte Stellung aller österreichischen Völker anerkannt, aber in energischer Weise betont, dass Verräter kein Recht haben, sich als Oesterreicher zu bezeichnen. (Lebhafter Beifall) Durch diese mannhafte Haltung ist er dem Deutschen in Oesterreich, welche allerzeit stets staatsdreu gewesen sind und mit tiefster Verbitterung empfinden mussten, dass diesen Verhalten nicht in genügender Weise gewürdigt wird, (Sehr richtig!) besonders lieb geworden und knüpfen sich auch die Hoffnungen der Deutschen in Oesterreich an seine Wiederkehr zur öffentlichen Wirksamkeit. (Stürmischer Beifall) .

Dass Graf Czernin die Äusserungen, die die unmittelbare Veranlassung seines Abganges gegeben haben, nicht vor der versammelten Volksvertretung kundgeben konnte, ist nicht seine Schuld. Das Parlament und die Delegation waren wieder einmal wegen einer inneren Krise vertagt. Diese Vertagungen aus solchen Anlässen sind bereits zur Regel geworden. Die Völker Oesterreichs begnügen sich aber nicht mit solchen, an die Aera des Taaffe'schen Fortwurstelns gemahnenden politischen Ausflüchten. Die Bürger des Jahres 1918 sind nicht mehr so geduldig, wie jene in den 80. Jahren, in der Taaffe'schen Periode. Die Zeiten sind ernst geworden, sie erfordern grosse Taten und grosse Männer, (Sehr richtig!) Männer, welche uns aus dem Chaos unserer inneren politischen Verhältnisse herausführen und eine sichere, feste Grundlage für die Zukunft schaffen, auf welche sich die alte Habsburger Monarchie nach Beendigung des Krieges zu neuem, erhöhtem Glanze erheben soll. (Lebhafter Beifall) . Und wir haben in Oesterreich wirklich keinen so grossen Ueberfluss daran, dass wir das Ausscheiden eines wirklich grossen Mannes aus seiner Wirksamkeit nicht als einen schweren Verlust empfinden würden. (Lebhaftige Zustimmung) .

Wir begrüssen den Stadtman Grafen Ottokar Czernin wenn der Gemeinde den Beschluss gefasst haben wird, aufs Herzlichste als den Ehrenbürger der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die ihrem Kaiser und Vaterland immer aufs Innigste ergeben waren und für alle Zukunft bleiben wird, und nun auch ihren Stolz darein setzt, dem treuesten Paladin des Reiches die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen. (Anhaltender Beifall) .

Berichterstatter VB. Hierhammer verzichtet auf das Schlusswort. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters mit 117 Stimmen angenommen. Gegenstimme war keine abgegeben worden.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet nun über die Aufnahme eines Darlehens von einer Million Schweizer Franken seitens der Gemeinde Wien bei der Berner Kantonalbank. Der Bürgermeister führt aus, dass er bereits in einer Interpellationsbeantwortung heute auf die immer grösser werdende Milchnot hingewiesen habe. Bei diesem Notstande war es eine Pflicht der Gemeinde, alles aufzubieten, um eine Hebung der Milchproduktion zu erzielen. Es habe sich nun die Gelegenheit ergeben, in der Schweiz hochwertige Milch-

Käse anzukaufen, welche auch bereits eingelangt und in Stallungen eingestallt seien, sowie es die Gemeinde schon seitherzeit mit Käsen aus dem anderen Auslande und aus Tirol und Vorarlberg setzen habe.

5
Da der Export dieser Tiere aber nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt möglich war, musste das Geschäft rasch abgeschlossen werden und da die Bezahlung in Francs erfolgen musste, blieb nicht anderes übrig als eine Finanztransaktion vorzunehmen und zwar durch ein Anlehen bei der erwähnten Bank welches in zwei Jahren zurückzuzahlen ist. Man könne ja schliesslich hoffen, in zwei Jahren wenigstens soweit zu sein, um das Anlehen zu halbwegs günstigen Valutabedingungen zurückzahlen zu können. Die Bedingungen, die wir erzielt haben sind wenn auch kriegsmässig, immer noch besser, als bei dem Valutaanlehen des Staates, ich glaube aber nicht, sagt der Bürgermeister, dass es von Vorteil wäre, die Einzelheiten dieser Bedingungen in einer öffentlichen Sitzung bekanntzugeben.

Die Anträge des Bürgermeisters werden schon ohne Debatte einstimmig genehmigt.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. von Steiner berichtet über den Antrag des GR. von Dorn wegen Veröffentlichung der provisorischen Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn und führt aus: Wir haben in früheren Zeiten stets die Erfahrung gemacht, dass sooft seitens Oesterreich irgendwo zur Wahrung einiger Interessen Verhandlungen mit Ungarn aufgerollt wurden, die sofort von der ungarischen Presse als ein Eingriff gegen Ungarn bezeichnet wurden. Wenn heute die Gemeindevertretung Wiens diese Verhandlungen kennen lernen will, so ist es nicht vielleicht Neugierde, sondern die Verhältnisse zwingen dieselbe, pflichtgemäss zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Redner weist darauf hin, dass die im Vorjahre zwischen den beiden Regierungen getroffenen provisorischen Ausgleichsverhandlungen bis heute nicht veröffentlicht wurden, was in allen beteiligten Kreisen die grössten Besorgnisse hervorgerufen hat. Es verlautete, dass die Quote eine Steigerung erfahren haben soll und dass die Kriegskosten nur bis Ende 1917 nach der bisherigen alten Quote aufgeteilt werden sollen. Ferner soll die österreichische Quote auf eine jährliche Herabminderung im Jahre 1937 wieder gleich der alten Quote von 1907 werden. Die Vergebung der Lieferungen für Armee und Flotte, die künftig ziemlich genau nach der Quote erfolgen soll, muss bei der bekannten Haltung Ungarns als höchst ungewisse Gegenleistung erscheinen. Weiters sollen die Getreidezölle unverändert beibehalten, die Vieh- und Fleischzölle hinaufgesetzt werden und ein neuerliches Uebereinkommen mit den Balkanstaaten in der Frage der Vieh- und Fleischkontingente getroffen werden. Vom österreichischen Standpunkte aus erscheint es absolut unannehmbar, dass man nach dem Kriege hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr aus den Balkanstaaten sich wieder auf vorweg gezogene Grenzen und Beschränkungen Ungarn gegenüber festlege. Weiters verlautet, dass bezüglich der Einfuhr von Lebensvieh und Fleisch aus dem Zollauslande im wesentlichen der vor dem Kriege gewesene Zustand aufrecht erhalten werden solle. Im Anhang zum Palagphierungsprotokoll wurde noch vereinbart, dass der Mangel in der Uebereinstimmung die strengere Auffassung zu gelten habe. Redner weist des weiteren auf die Behandlung der Frage der Einfuhr überseeischen Gefrießfleisches von Seiter der österreichischen Regierung hin, die alle bis heute keine Erledigung gefunden

haben. Durch die noch weiteren Bestimmungen der provisorischen Vereinbarungen würde ein unhaltbarer Zustand einer dauernden Abhängigkeit von Ungarn geschaffen werden. Es ist daher vollkommen verständlich, dass die Bevölkerung nicht länger bloss auf gelegentliche Zeitungsberichte und das was man hierüber spricht und sprechen hört angewiesen ist, sondern dass sie durch eine amtliche Erklärung erfährt, was der Inhalt der betroffenen Vereinbarungen ist. Der Gemeinderat der Stadt Wien kann es daher fordern, von dem Inhalte der Vereinbarungen Kenntnis zu erlangen. Trotz der unterbliebenen Publikation können die Massnahmen angesichts ihrer Dringlichkeit nicht auf später aufgeschoben werden, sondern müssen jetzt schon in Angriff genommen werden. Es wird daher an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, die provisorischen Vereinbarungen mit Ungarn ehestens öffentlich bekanntgeben zu wollen, da eine solche Veröffentlichung besser als alles andere geeignet ist, die im Volke umlaufenden Gerüchte und Bedenken wegen einer angehenden Plünderung der unverkäuflichen Rechte und Ansprüche Oesterreichs gegenüber Ungarn zu zerstreuen. Der Redner stellt noch folgenden Zusatzantrag: Die Gemeinde Wien spricht die Erwartung aus, dass die bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen mit Rumänien die Einfuhr möglichst grosser Kontingente an Vieh und Fleisch von jetzt und zwar für solange Zeit nach dem Kriegsende sichergestellt werde.

GR. Herold wendet sich gegen den im Anhang zum Frapazierungsprotokoll angenommenen §; betreffend die Fleisch- und Vieheinfuhr und betont, dass dieser § unklar und undeutlich und dehnbar sein und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass es möglich war, einen solchen § der Unterschrift des Monarchen vorzulegen. Dieser § ist zum Vorteile Ungarns gestaltet. Redner betont, dass es keine geheimen Abmachungen mehr geben dürfe und stellt den Antrag: Die abzuschliessenden Vereinbarungen mit Ungarn dürfen nicht früher in Kraft gesetzt werden, ehe das Parlament Gelegenheit hat, sich mit ihnen ordnungsgemäss zu beschäftigen. Die endgültige Entscheidung in so tief einschneidenden Fragen und für einen langen Zeitraum wird nur im verfassungsmässigen Wege erfolgen und es werden keinerlei geheime Abmachungen abgeschlossen werden dürfen, welche der Gesetzgebung, die ihr zustehenden Gegenstände entziehen, oder wodurch über die durch das Gesetz gegebenen Bahnen hinausgegangen wird.

Der Redner bespricht sodann das ganze Approvisionnementproblem Oesterreichs beklagt die Saumseeligkeit der Regierung auf vielen Gebieten und deren geringe Widerstandskraft gegen über Ungarn, er zählt die mannigfachen Anregungen auf, welche über seine Initiative vom Gemeinderate der Regierung übermittelt wurden und erklärt, dass die Gemeinde an den jetzigen Zuständen unschuldig sei. Eine Verteuerung der Lebensmittel und eine Knappheit sei ja die natürliche Folge eines jeden Krieges aber so arg hätten sich die Verhältnisse nie und nimmer gestalten dürfen.

Redner tritt dafür ein, dass bei den Verhandlungen mit Ungarn auch ein Hauptaugenmerk auf die Donauschiffahrt gelegt werde, damit es gelinge Wien zu einem grossen Handelsplatze zu machen. Schliesslich tritt Redner für die Schaffung eines Propagandawesens ein, wie es in England und Frankreich besteht.

GR. Rotter: Die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn war leider immer die Ursache neuer Konflikte, sodass das hässliche Wort von der „Monarchie auf Kündigung“ entstanden ist. Während die Oesterreicher sich immer auf den Standpunkt der Gemeinsamkeit stellen, vertritt man in Ungarn gerade die entgegengesetzte Ansicht und heute haben wir nur mehr den gemeinsamen Monarchen und die gemeinsame Armee, aber auch diese soll ja nicht mehr lange bestehen. Man wirft uns immer vor unsere Regierungen seien zu schwach. Wir hatten ja starke Minister, die blieben aber eben nicht im Amte, wenn sie gegen Ungarn energisch auftraten. Der Weltkrieg hat das Uebergewicht Ungarns nun ins Ungemessene gesteigert. Nach den ungarischen Behauptungen haben überhaupt nur die Ungarn etwas geleistet. Redner wendet sich sodann gegen die Angriffe des Az Est gegenüber Oesterreich und erklärt: „In Ungarn wäre es ganz unmöglich, dass ein Blatt, das so über Ungarn herziehen würde, öffentlich aufliegen und in einer der Hauptstrassen der Stadt ein öffentliches Lokal innehaben könnte.“

Die Ausgleichsverhandlungen zählen sich schon seit 1915 hin. Wir wissen davon nur, dass Körber einen Ausgleich abgelehnt hat, wir wissen nur, dass er so eingenommen werden muss wie in Tisza und Stürgkh gemacht haben. Ungarn will nach dem Kriege dieselbe Politik treiben wie vor dem Kriege. Ungarn ist im Kriege stark geworden, Oesterreich leidet am meisten unter allen kriegführenden Staaten. Die Hauptschuld daran trägt wohl Ungarn. Es kann nicht so weiter gehen. Entweder haben wir eine gemeinsame Monarchie oder nicht; wir verlangen Aufklärungen über die wirtschaftlichen Abmachungen, die Zölle für Fleisch und Vieh müssen geregelt werden, gute Verträge mit unseren Nachbarstaaten müssen wir erreichen. Wir müssen Einspruch erheben gegen eine Kontingentierung der Einfuhr, wir wollen Aufklärung haben über die Getreidezölle über den Aufbau des zerstörten Gebietes über den Rohstoffgehalt des Territoriums, was aufgelassen werden. Redner fragt, ob Ungarn auch bezüglich der Lebensmittel aus der Ukraine seinen quotenmässigen Anleihen verlangt, obwohl es keine Lebensmittel braucht. Stille ist es in den Eisenbahnschlüssen geworden. Was ist es mit Annaberg und was ist es mit den dalmatinischen Bahnschlüssen? Auch die Tariffragen spielen eine grosse Rolle im Ausgleich. Wie stellt sich Ungarn zur Donauregulierung, in der Frage des Donau-Oderkanals? Man spricht auch von einer Reinkorporierung Dalmatiens, wie mit dem Anschluss Bosniens und der Herzegowina. Ungarn soll im Frieden mit Rumänien einen ca. 20 km breiten und 500 km langen Landstrich bekommen, was bekommt Oesterreich? Es wäre nicht schlecht wenn man sich an massgebenden Orten in friedlicher Weise mit Ungarn auseinandersetzen würde. Wenn Ungarn 80.000 km² Gebiet und 3 Millionen Menschen dazu bekommt, so möchten doch auch wir etwas haben. Es wäre keine unberechtigte Forderung, wenn auch Oesterreich etwas bekäme. Es wäre schon vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, wenn die Grenze gegen Ungarn etwas weiter nach Osten verlegt werden könnte. Wir brauchen eine Erweiterung nach Osten und es wäre notwendig, dass die zuständigen Faktoren sich mit dieser

Frage beschäftigen. Was ich hier gesagt habe, sind die Ansichten der meisten Oesterreicher. Es muss den Ungarn gesagt werden dass wir nicht immer allein die gebenden bleiben wollen. (Lebhafte Zustimmung).

VB. Hosa: Die Verhandlungen über diesen Gegenstand wird abgebrochen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt.

Nach dem Antrage des V. Bgm. Hoß wird die Zahl der in der VII. Rangklasse systemisierten Stellen des Bau- und maschinen-technischen Hilfestatus des Stadtbauamtes um 4 Stellen erhöht.

Nach einem Antrage des GR. Braun wird der „Teerag“ A.-3. ein Baurecht an der Kat.-Parz. 1417/1 und 897 Simmering bewilligt.

Ueber Vorschlag des GR. Breuer wird beschlossen, in der Angelegenheit des Heimatrechtes des Franz Weigl von der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abzusehen.

GR. Dr. Haas berichtet über die Mietung des Schlosses Neulengbach, welches nach den Plänen des Gemeinderates zu einem Mittelständerholungsheim für 170 bis 200 Personen ausgestattet werden soll.

GR. Reininger wünscht, dass dieses Erholungsheim dem Gewerbebestand gewidmet werde.

GR. Dr. Haas erklärt in seinem Schlussworte, dass die Gemeinde vorderhand nur ein derartiges Heim in Aussicht genommen habe. Wenn dieses nicht genüge, würden weitere Hineinfolgen und dann könnte eines speziell für den Gewerbebestand gewidmet werden. Der Antrag wird sodann genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung geschlossen.